

**Antwort des Senats  
auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 29. August 2023**

**„Zusammenarbeit der letzten Generation mit Behörden in Bremen“**

Die Fraktion der FDP hat folgende Kleine Anfrage an den Senat gerichtet:

Unter der Überschrift „Wer hat das erlaubt Klima-Kleber machen Werbung vor Polizei-Schülern“ berichtet die Bild über einen Vortrag von Vortrag Klima-Aktivistinnen der Letzten Generation in der Sporthalle der Polizeihochschule Baden-Württemberg (HfPolBW) in Villingen-Schwenningen (<https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/aerger-um-vortrag-was-machen-klima-chaoten-an-der-polizei-hochschule-85122492.bild.html>).

1. Gab es in Bremen den Versuch der Kontaktaufnahme der Letzten Generation mit der Polizei oder anderen Behörden?
2. Wenn ja, wie oft und mit welchen Stellen hat die Letzte Generation versucht in Kontakt zu treten?
3. Wie wurde grundsätzlich mit diesen Kontaktaufnahmen umgegangen?
4. Gab es auch in Bremen Vorträge der im Artikel geschilderten Art?
5. Wenn ja, wann und wo, wenn nein, sind solche Vorträge aktuell geplant?
6. Sofern noch keine Kontaktaufnahme stattgefunden hat, wie sollen sich die Behörden nach Ansicht des Senats in diesem Fall grundsätzlich verhalten?
7. Ist die letzte Generation nach Ansicht des Senats im demokratischen Spektrum einzuordnen und wenn ja, wo?

**Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:**

**1. Gab es in Bremen den Versuch der Kontaktaufnahme der Letzten Generation mit der Polizei oder anderen Behörden?**

Im Rahmen von bundesweiten Anfragen der Letzten Generation an Hochschulen mit Polizeistudiengängen im Juni 2023 ist auch eine Anfrage an die Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV) Bremen gerichtet worden.

Ferner hat die Senatskanzlei – gerichtet an den Bürgermeister – Mitte Mai 2023 von der Letzten Generation eine Einladung zu einem digitalen Austausch am 22.5.2023 erhalten. Diese Einladung richtete sich an die Mitglieder des Deutschen Städtetags.

Dem Senat sind keine weiteren Kontaktaufnahmen zur Polizei oder zu anderen bremischen Behörden bekannt.

**2. Wenn ja, wie oft und mit welchen Stellen hat die Letzte Generation versucht in Kontakt zu treten?**

Bei der Kontaktaufnahme zur Senatskanzlei handelte es sich um eine einmalige, überregional gefasste Einladungsmail an die Mitglieder des Deutschen Städtetags, um ein Informationsangebot der Letzten Generation insbesondere zu deren Ideen zum Thema „Gesellschaftsrat Klima“ zu übermitteln.

Die Kontaktaufnahme mit der HfÖV erfolgte telefonisch. Im Zuge dessen wurde seitens der Hochschule für Öffentliche Verwaltung ein etwaiger Austausch mit Studierenden des Studiengangs Polizeivollzugsdienst im Rahmen eines begleiteten Reflexionsgesprächs zwar geprüft.

Für eine mögliche Veranstaltung unter Beteiligung der Letzten Generation wurde jedoch nach hochschulinterner Beratung letztendlich eine Absage erteilt.

**3. Wie wurde grundsätzlich mit diesen Kontaktaufnahmen umgegangen?**

Hinsichtlich der Kontaktaufnahme zur Senatskanzlei wurde eine Absage für den Bürgermeister erteilt.

Auch die Hochschule für Öffentliche Verwaltung erteilte eine Absage.

**4. Gab es auch in Bremen Vorträge der im Artikel geschilderten Art?**

Es hat keine Veranstaltung wie jene an der Polizeihochschule Baden-Württembergs zusammen mit der Hochschule für Öffentliche Verwaltung gegeben. Nach Kenntnis des Senats gab es auch mit allen weiteren bremischen Hochschulen und Behörden keine gemeinsamen Vorträge mit Mitgliedern der Letzten Generation.

**5. Wenn ja, wann und wo, wenn nein, sind solche Vorträge aktuell geplant?**

Siehe dazu bereits die Antwort auf Frage 4. Pläne für etwaige Vorträge sind dem Senat nicht bekannt.

**6. Sofern noch keine Kontaktaufnahme stattgefunden hat, wie sollen sich die Behörden nach Ansicht des Senats in diesem Fall grundsätzlich verhalten?**

Eine Notwendigkeit, für bremische Behörden Umgangsregelungen für etwaige Kontaktaufnahmen mit der Letzten Generation zu treffen, wird vom Senat nicht gesehen.

**7. Ist die letzte Generation nach Ansicht des Senats im demokratischen Spektrum einzuordnen und wenn ja, wo?**

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat bislang keine tatsächlichen Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der FDP vom 29. August 2023 Kenntnis.